

EU-CHINA

# Gutes Geld, schlechtes Geld



Außenminister Jean Asselborn will teilhaben am Erfolg der Präsidentschaft und das Embargo gegen China partout aufheben. Weniger optimistisch ist EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner (links).

(Foto: Luc Deflorenne/eu2005.lu)

**Die EU will  
Waffengeschäfte  
mit China machen.  
Doch die Menschenrechte  
sind im Weg.  
Und die USA dagegen.  
Eine diplomatische  
Herausforderung, bei der  
Jean-Claude Juncker ins  
Schleudern kommt.**

Nicht alles, was die viel gelobte Luxemburger Präsidentschaft der EU anfasst, wird zu Gold. Dabei schien vor allem der Auftrag, die Verhandlungen über das Ende des Waffenembargos der EU gegenüber von China abzuschließen, eine eher leichte Übung in europäischer Diplomatie zu sein. Doch es kam anders als erwartet. Ausgerechnet in der Hochphase der europäischen Bemühungen verabschiedete das chinesische Parlament im März dieses Jahres ein Anti-Szessionsgesetz, das militärische Gewalt gegen Taiwan in Erwägung zieht. Zu allem Überfluss gingen in den vergangenen Wochen Tausende ChinesInnen auf die Straße, um gegen japanische Geschichtsschreibung in Schulbüchern zu demonstrieren.

Da sich beides nicht mit der offiziellen europäischen Auffassung von Demokratie und Menschenrechten im Einklang befindet, wuchs innerhalb der EU die Skepsis gegenüber einer Aufhebung des Embargos wieder sprunghaft an.

Auf dem informellen Treffen der EU-Außenminister am Freitag versuchte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn zwar weiterhin, Optimismus zu verbreiten. Die Meinungsverschiedenheiten seien bis Ende Juni aus dem Weg geräumt, versicherte der Ratspräsident. Er widersprach dabei der Vorhersage der zuständigen EU-Kommissarin: Sie rechne nicht mit einer baldigen Aufhebung des Embargos, so Benita Ferrero-Waldner. Gegen die Wiederaufnahmen von Waffengeschäften mit China sind die EU-Staaten Schweden, Finnland, Dänemark, die Niederlande und Großbritannien.

Und die USA. Das Diskussionspapier, das der Ministerrat im Senninger Schloss verabschiedete, ist ein Affront für Washington. Die Chinapolitik der USA wird darin als "komplex" und in sich widersprüchlich beschrieben. Die gegenwärtige Dominanz der

USA stehe der Absicht der Chinesen, eine multipolare internationale Ordnung zu schaffen im Weg. Die EU müsse sich überlegen, welches China man in Zukunft sehen möchte und wie seine Entwicklung am besten zu beeinflussen sei. Kein Wunder, dass Ratspräsident Jean-Claude Juncker am Wochenende in Washington alle Hände voll zu tun hatte, die gerade etwas spannendere transatlantische Stimmung nicht wieder zum Kippen zu bringen.

Vielleicht deshalb ließ sich Juncker in Washington zu Aussagen hinreißen, die er so nicht mit seinen europäischen Kollegen abgesprochen hatte. Seinem amerikanischen Kollegen George W. Bush versprach er keine definitiven Entscheidungen auf EU-Ebene ohne vorherige Konsultationen mit den USA zu treffen. Gegenüber dem Luxemburger "Wort" schloss der Premier gar aus, "dass es unter luxemburgischen Ratsvorsitz zu einer Aufhebung des Waffenembargos kommen werde". Eine Verlautbarung, die das "Wort" ohne große Hervorhebung abdruckte und die alsdann in den internationalen Agenturen für Aufregung sorgte.

Doch nicht nur die Presse wunderte sich über das frühe Aufgeben des sonst so zähen Verhandlungspartners Juncker. Außenminister Jean Asselborn wittert offensichtlich im Embargo-Dossier seine Chance, nicht alle Lorbeeren für eine erfolgreiche Luxemburger EU-Präsidentschaft dem Regierungschef zu überlassen. Beherzt nahm er noch am Samstag den Telefonhörer in die Hand und holte persönlich beim Luxemburger Premier ein Dementi ein. "Ich habe ihn soeben angerufen und er hat mir versichert, dass er diese Aussage nie gemacht hat", verkündete Jean Asselborn am Samstag auf der Abschlusspressekonferenz der EU-Außenminister. Der Premier habe keineswegs das Ziel auf-

geben, das Embargo bis Ende Juni zu beenden, gab Asselborn der internationalen Presse mit auf den Weg.

Zu Hause im eigenen Parlament war diese Woche dann ebenfalls großes Engagement gefragt. Zwar wollten die Luxemburger Abgeordneten längst nicht soweit wie ihre Straßburger KollegInnen gehen. Das Europaparlament hatte sich vergangene Woche mit einer deutlichen Mehrheit von 431 gegen 85 Stimmen gegen eine Aufhebung des Embargos ausgesprochen. Trotz aller engagierten Reden fiel die Forderung der Chamber viel moderater aus als der Tageblatt-Titel "Parlament gegen Aufhebung des China-Embargos" vom Donnerstag vermuten lässt. In einer Resolution, der alle Fraktionen außer dem ADR zustimmten, bringt die Chamber lediglich ihre Sorge "face au signal politique que constituerait la levée de l'embargo sur les armes par l'U.E. au moment où la Chine met en place la loi anti-sécession" zum Ausdruck.

Asselborn für seinen Teil hatte große Mühe, seinen Unmut über diese gemäßigte parlamentarische Opposition zu verbergen. Seine Zuversicht, die Verhandlungen tatsächlich unter Luxemburger Regie zu beenden, wird inzwischen auch in Brüssel nicht mehr geteilt. Der Termin im Juni könne sich verschieben, räumte EU-Außenbeauftragter Javier Solana ein, da die Beziehungen Chinas zu seinen Nachbarn "kompliziert geworden" seien. Die Aufhebung könne "vielleicht 2005, vielleicht 2006 erfolgen". Am festen Willen der EU, das Embargo aufzuheben, habe sich jedoch nichts geändert. Es handele sich um eine politische und nicht um eine militärische Entscheidung, so Solana am Dienstag in Paris.

Immerhin hänge die Aufhebung des seit 16 Jahren geltenden Waffenembargos "nicht in der Luft", sondern sei an einen Verhaltenskodex geknüpft, betont Jean Asselborn immer wieder. Tatsächlich können aber weder er noch die Resolutionen der Parlamente einen Anachronismus europäischer Politik wegradieren: Schon jetzt ist die EU nach den USA zweitgrößter Handelspartner von China. Immerhin sechs Prozent der EU-Exporte gehen nach China und 13 Prozent der Importe kommen von dort. "Wir brauchen chinesische Güter und Märkte; sie brauchen unsere Märkte, Investitionen und Technologien", halten die EU-Außenminister in ihrem Diskussionspapier nüchtern fest. Vor diesem Hintergrund erscheint der nun wieder extra hoch gehobene Zeigefinger der Europäer unter einem anderen Licht. Wieso nun Waffengeschäfte explizit an Menschenrechte geknüpft werden, während der Rest des Handels bereits floriert, folgt den nicht immer logischen Regeln der Diplomatie.

Danièle Weber

## Gemüse präventiv wegschmeißen

"Wou bleiwt dann d'Präventioun a puncto Dioxins- a Bläibelaaschtungen an deene betroffenen Regiounen?", hatte die Bürgerinitiative "Stop Dioxin" im November gefragt, als die Regierung mitteilte, das im Spätsommer geerntete Gemüse sei verseucht gewesen. Seit Jahren klagen die AnwohnerInnen der Arcelor-Elektrostahlwerke in Esch und Schiffingen über die Belastung der Luft mit giftigen Schwermetallen, Dioxinen und Furanen. Nun haben Umwelt- und Gesundheitsministerium beschlossen, präventiv tätig zu werden: Es wird von offizieller Seite empfohlen, ganzjährig auf Blattgemüse zu verzichten, das aus den betroffenen Zonen stammt.

Die Anordnung mag dem Vorsorgeprinzip entsprechen, dem Verursacherprinzip wird sie nicht gerecht. Bestraft werden bis auf weiteres die Kleingärtner statt der Schwerindustrie. Die wurde immerhin von Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo aufgefordert, ihre Auflagen einzuhalten, und zwar "24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr". Mit dieser Aussage nährt der Minister das Gerücht, die Arcelor setze ihre teuren Filter nur für die offiziellen Kontrollen ein und baue sie danach wieder aus.

## Démocratie pécuniaire

"Une concurrence dérégulée ne peut que nuire à notre démocratie". Ce n'est pas une formation de gauche qui l'affirme, mais l'ADR. A la nuance près qu'il limite cette thèse au financement des campagnes électorales des partis politiques. L'ADR accuse en effet le DP et les Verts de s'être mis en travers d'un accord entre les partis en vue de limiter les frais de campagne pour les communales en automne. Normal peut-être: le DP y jouera son va-tout et les Verts espèrent une nouvelle percée.

L'argent, ce nerf de la guerre, est aussi un souci pour les petits. A son dernier congrès (voir page 3), déi Lénk a présenté son bilan financier des années 2003 et 2004. Afin de conserver son unique mandat parlementaire et d'exister face aux Goliath de la politique, la formation de gauche a déboursé plus de 130.000 euros et s'est retrouvée fortement endettée. Un trou financier que les militant-e-s comblent peu à peu. Amputé de sa représentation parlementaire qui constituait le gros de ses recettes, déi Lénk doit se contenter des contributions sous forme de cotisations et de dons de la part d'adhérent-e-s dont le nombre n'augmente que très légèrement.

## Neues und Altes

Ein fliegender Wechsel ist es nicht geworden, aber nun ist er da: unser Neuer, der seit Mitte April unsere woxx-Redaktion verstärkt. Zumindest KennerInnen der linken Szene und anderen Politikpápsten ist er kein Unbekannter. Schließlich hat David Wagner zuvor für den ehemaligen Abgeordneten Serge Urbany die Presse- und inhaltliche Zuarbeit gemacht und ist selbst Mitglied von déi Lénk. Klar, dass sogleich eine kontroverse Debatte darüber ausbrach, ob Menschen mit Parteibuch auch JournalistInnen sein können bzw. sollten. So hilfreich ein gewisser Insiderblick auch sein mag - die woxx erinnert sich noch sehr genau an die Krämpfe, wenn es hieß, bestimmte "grüne" Themen von ebenso grünen RedakteurInnen kommentieren zu lassen. Dieses Mal wird alles anderes: "Déi Lénk sind keine Partei, sondern eine Bewegung", sagt der Neue schlau und schlagfertig. Zur Sicherheit aber hat auch er sich Enthaltsamkeit zur Parteiberichterstattung auferlegt.